



## Offener Brief

### An die Bürgermeister

**Hans Steindl, SPD, Burghausen**

**Herbert Hofauer, FW, Altötting**

**Peter Haugeneder, SPD, Neuötting**

**Dr. Stephan Merz, SPD, Burgkirchen**

**Günther Knoblauch, SPD, Mühldorf**

**Siegfried Klika, CSU, Waldkraiburg**

### Nachr.:

**Redaktion Alt-Neuöttinger Anzeiger, Altötting**

**Redaktion Mühldorfer Anzeiger, Mühldorf**

Altötting/Mühldorf, 21.05.2009

Sehr geehrte Bürgermeister,

seit Februar 2009 informieren wir unsere Patienten und die Öffentlichkeit über die negativen Auswirkungen der jetzigen Gesundheitspolitik auf die Versorgung der Patienten und das Arzt-Patienten-Verhältnis in der gesamten Region.

Die Marschroute des SPD-geführten Gesundheitsministeriums ist dabei denkbar einfach, die Ziele klar:

Die niedergelassene „zweite Facharztschiene“ soll abgeschafft werden, der Hausarzt soll als „Lotse“ weit unter seinen Möglichkeiten eine möglichst sparsame Primärdiagnostik vorhalten. Eine spezielle Versorgung soll in Zukunft nur noch in zwei Formen angeboten werden: durch Polikliniken unter Führung regionaler Kliniken oder – bei zunehmendem Verkauf der Kliniken auch in unseren Nachbarlandkreisen – durch Medizinische Versorgungszentren. Diese stehen dann entweder unter der Leitung gewinnorientierter Aktiengesellschaften oder sind als kasseneigene Medizinische Versorgungszentren, dann unter der Prämisse eines erheblichen Einsparpotentials, organisiert.

Das Modell der Polikliniken in der ehemaligen DDR wird in diesem Zusammenhang oft schön geredet, es würde viel Geld sparen und eine bessere medizinische Versorgung ermöglichen. Vergessen wird in diesem Zusammenhang, dass die Lebenserwartung in den neuen Bundesländern seit Einführung des bisherigen, gut funktionierenden Systems einer Hausarzt-Facharzt-Kooperation um 5 Jahre zugenommen hat. Auch spart die sog. „zweite Facharztschiene“ tatsächlich Kosten, als zusätzliche Kosten zu verursachen (siehe Gutachten IGES (Rürup) auf <http://www.rlvprotest.de>).

Von politischer Seite bekamen wir oft nur Lippenbekenntnisse zu hören, es wurde stets behauptet, das ganze sei ein innerärztliches Verteilungsproblem und nicht durch die politischen Weichenstellungen verursacht. Nun liegen jedoch erstmals harte Zahlen aus unserem Nachbarland Baden-Württemberg auf dem Tisch: spezialisierte Facharztgruppen und auch Hausärzte außerhalb von Selektivverträgen haben mit Umsatzeinbrüchen bis zu

40% zu rechnen, dem gesamten System in Baden-Württemberg fehlen aktuell 140 Millionen Euro, um auch nur die Vergütungssituation von 2008 aufrecht erhalten zu können.

Bundeskanzlerin Merkel hat jetzt (vor der Wahl) zugesichert, diese Verluste in Baden-Württemberg aus dem Bundeshaushalt kurzfristig auszugleichen. Tatsächlich zeigt dies jedoch das Systemversagen, nach Ablauf der Konvergenzphase und nach Ende von Wahlkampf-Ausgleichsgeschenken ist mit einem weitreichenden Praxissterben insbesondere in den ländlichen Regionen zu rechnen.

Zahlreiche Kliniken bereiten derzeit eine weitere Ausdehnung ihrer ambulanten Behandlung vor. Es werden zum Teil ambulante Facharztsitze mit staatlichen Mitteln aufgekauft, um in Zukunft ein „poliklinisches“ Angebot vorhalten zu können. Finanziert werden diese Ausgaben meist aus dem Konjunkturpaket II, ein Vorgehen, das auch Staatsminister Söder scharf kritisiert, da diese Mittel nicht dazu bereitgestellt werden, die Marschroute der jetzigen Gesundheitspolitik noch zu forcieren. Lohnenswert wird dieses Vorgehen der Häuser dadurch, dass die Bezahlung der Leistungen im ambulanten Bereich des Krankenhauses zum Teil um ein vielfaches höher liegt als im ambulanten niedergelassenen Bereich. Gleichzeitig muss die tatsächliche Qualität im ambulanten Krankenhausbereich nicht transparent gemacht werden. Umfangreiche Qualitätskontrollen wie im niedergelassenen Bereich sind hier zum großen Teil nicht etabliert. Dem Patienten ist es nach wie vor nicht möglich, die tatsächliche Qualität der Leistungen zu vergleichen.

Unsere Patienten und die Bürger in den Landkreisen sind jetzt informiert. In vielen Gesprächen, auf Podiumsdiskussionen und im Rahmen des täglichen Arzt-Patienten-Kontakts äußern sie Ihren Unmut über die jetzige Gesundheitspolitik. Insbesondere bei uns in den ländlichen Regionen ist die Patientenversorgung akut gefährdet, chronisch kranke Patienten sind hiervon als erste betroffen. Sie müssen bei Fortführung dieser Politik zum Teil lange Anfahrtswege auf sich nehmen, nach denen sie dann in einem Medizinischen Versorgungszentrum mit ständig wechselnden ärztlichen Dienstleistern behandelt werden, eine tragfähige Arzt-Patienten-Bindung gehört dann der Vergangenheit an.

Gefolgt wird dies durch Arbeitslosigkeit zahlreicher Praxisangestellter, eine medizinische Unterversorgung in unserem ländlichen Raum wird letztlich dann auch Auswirkungen auf das Zuzugsverhalten neuer Bürger und die künftige Arbeitsplatzsituation haben.

Unsere Patienten und Mitbürger wundern sich jedoch, warum trotz der Tragweite dieser gesamten Problematik noch kein Kommunalpolitiker in den Landkreisen zu diesem Thema klar Stellung bezogen hat, obwohl hierdurch ja die gesamte Infrastruktur betroffen ist. Bezüglich der kommunalen Krankenhäuser sind Stellungnahmen ja an der Tagesordnung.

Sehr geehrte Bürgermeister, im Namen unserer zahlreichen Patienten und interessierten Mitbürger fordern wir Sie hiermit zu einer Stellungnahme auf. Wo sehen Sie die Zukunft der ärztlichen Versorgung in Ihrer Stadt? Welche „Änderungswünsche“ haben Sie an eine zukünftige Bundesregierung? Wollen Sie durch Schweigen die für Patienten und Ärzte gleichermaßen bedauernde politische Marschrichtung unterstützen?

Bitte formulieren Sie Ihre Antwort ebenfalls öffentlich, unsere Patienten wären Ihnen dafür sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Albert Beyer

Im Namen des Protestnetzwerkes Ärzteprotest Altötting-Mühlendorf

<http://www.rlvprotest.de>